

Masterplan Ladeinfrastruktur II

Schnellladen an Tankstellen: Bund muss Hürden abbauen

Angesichts der jetzt von der Bundesregierung beschlossenen Ziele für Schnellladesäulen an Tankstellen, kritisiert die Wirtschaft planwirtschaftliche Vorgaben und fordert stattdessen einen raschen Abbau der zahlreichen Hürden beim Aufbau entsprechender Ladeinfrastruktur. Andernfalls seien die Ausbauziele nicht erreichbar.

Der vom Bundeskabinett verabschiedete Masterplan Ladeinfrastruktur II sieht vor, dass bereits bis zum Ende dieses Jahres 25 Prozent der Tankstellen mindestens einen Schnellladepunkt mit mehr als 150 kW Leistung bereithalten sollen. Ende 2024 sollen es 50 Prozent, Ende 2026 sogar 75 Prozent sein. Adrian Willig, Hauptgeschäftsführer beim en2x – Wirtschaftsverband Fuels und Energie, kritisiert diese planwirtschaftlichen Vorgaben: „Zum einen kommen diese Ziele für uns sehr überraschend. Denn die Mineralölbranche baut bereits auf eigene Initiative die Ladeinfrastruktur umfangreich aus. Dabei geht es nicht nur um das Laden an Tankstellen, sondern zum Beispiel auch auf Parkplätzen etwa von Einkaufszentren, bei Arbeitgebern und zuhause.“

Viel wichtiger, als einfach nur immer höhere Ziele zu formulieren, wäre es, die konkrete Umsetzung beim Ausbau der Ladeinfrastruktur zu beschleunigen, so Willig weiter. Denn obwohl die Investitionsbereitschaft der Mineralölwirtschaft enorm ist, seien die von der Regierung gewünschten Ziele so kaum zu schaffen. „Grund dafür sind vor allem die bestehenden Hürden bei Ausschreibungen von Flächen, fehlende Netzanschlüsse, langwierige Genehmigungsprozesse sowie viel zu umständliche Förderprogramme“, so Willig. „Unsere Branche will entscheidend daran mitarbeiten, Deutschland zum globalen Leitmarkt für Elektromobilität zu machen. Doch dafür braucht es nicht höhere Ziele, sondern die Unterstützung der Politik insbesondere beim Abbau bestehender administrativer Hemmnisse auf bundes-, landes- und kommunaler Ebene.“, betont Adrian Willig. Notwendig seien beim Ausbau der Ladeinfrastruktur mehr Wettbewerb und keine Planwirtschaft.